

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Schriftband 4,50 M. Die "Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19-III.  
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate lesen bis nachmittags. Tagespostbezüge über deren Name 30 Pf., kleine Zusätze das freigelegte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Leerungszuschlag 10 %. Bei Familien- und Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.  
Fernsprecher: Amt Norden 9768.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Der Frieden mit Rußland.

## Lenin und die Entente.

Amsterdam, 11. April.

Nach dem „Allgemeinen Handelsblatt“ veröffentlicht der sozialistische „Daily Herald“ die Bedingungen, unter denen Lenin nach dem Verzicht der Amerikaner Bullitt und Steffens bereit sein soll, Frieden zu schließen. Die Bedingungen sind: Daß die Sowjetregierung jede Propaganda außerhalb Rußlands aussetze und allen denen, die gegen die Sowjetregierung zu den Waffen gegriffen haben, Amnestie gewährt werde. Den Mandatanten soll freies Selbstbestimmungsrecht eingeräumt werden. Eine Konferenz sämtlicher in Betracht kommender Parteien soll über die Zukunft Groß-Rußlands entscheiden. Alle Auslandsschulden sollen bezahlt werden.

Wenn es sich bewahrheitet, daß Lenin tatsächlich diese Friedensbedingungen gestellt hat, so ist die Erwartung berechtigt, daß auf Grund dieser Bedingungen ein Frieden zwischen der Entente und Rußland zustande kommt. Das Geschloßene aller militärischen Expeditionen nach Rußland hat der Entente ohne Zweifel gezeigt, daß das Festhalten an den bisherigen Methoden der Diplomatie der Entente weder den bisherigen noch wirtschaftliche Erfolge verbirgt. Alle bisherigen Interventionen haben vielmehr zu dem Ergebnis geführt, daß sämtliche Parteien, die bisher dem Bolschewismus feindlich gegenüberstanden — mit alleiniger Ausnahme der bürgerlichen Reaktionsparteien — auf dem Gebiete der äußeren Politik zu einer Verständigung mit der herrschenden bolschewistischen Partei gelangt sind. Sämtliche Arbeiter- und Bauernparteien Rußlands haben sich in den letzten Monaten auf das entschiedenste gegen die militärische Intervention der Entente ausgesprochen, und auch in den Ländern der Entente selbst wächst mit jedem Tage der entschlossene Widerstand der Arbeitermassen gegen das militärische Abenteuer im Osten, das nur den Interessen der russischen Reaktionsäre und der mit ihnen verbündeten imperialistischen Eliten Frankreichs und Englands dient. Wenn nun von Lenin tatsächlich die Zusicherung gegeben wird, daß die internationalen Kriegen der russischen Mandatanten auf einer Konferenz sämtlicher in Betracht kommenden Parteien im Sinne des freien Selbstbestimmungsrechtes und der gütlichen Verständigung herbeigeführt werden soll, und wenn außerdem dem französischen und englischen Bankkapital die 1917 von den Bolschewisten annullierte russische Staatsschuld als annuliert bezahlt wird, so ist kaum anzunehmen, daß selbst die herrschenden bürgerlichen Parteien der Entente-Länder so hingerichtet sein werden, ihre feindliche Politik gegen Rußland fortzusetzen. Hinder aber eine Neoulung der Diktanden im Sinne der obenstehenden Bedingungen statt, so eracden sich sowohl für die deutsche Politik wie für die Politik des internationalen Sozialismus die Konsequenzen von weittragender Bedeutung.

Amsterdam, 11. April.

Das „Allgemeine Handelsblatt“ berichtet aus London: Die Leitung der Arbeiterpartei verlangt im Namen der organisierten Arbeiterklassen und der Arbeiterbewegung, daß die Politik der militärischen Intervention in Rußland sofort eingestellt werden soll, und daß Maßnahmen zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten und zur Sicherung des Rückzugs der britischen Truppen aus Rußland getroffen werden sollen.

## Der Bergarbeiterstreik.

Die Bergarbeiter haben mehr Einsicht bewiesen, als die Regierung. Obwohl ihre Forderungen noch nicht anerkannt waren, haben sie im Interesse der Allgemeinheit die Notstandsarbeiten nicht eingestellt. Die Gefahr des Erlausens der Schächte ist damit abgewendet. Lediglich kann die Regierung nicht damit rechnen, nun ohne Verhandlungen mit der Arbeiterkommission die Wiederaufnahme der Arbeit herbeiführen zu können. Bisher ist nur eine außerordentlich geringe Zunahme der arbeitswilligen Bergleute zu verzeichnen, die teilweise sogar auf die Erfüllung der Bedingungen der Streikenden durch die Regierung zurückzuführen ist.

Ob der Aufruf der Bergarbeiterorganisationen und der Beschluß des alten Bergarbeiterverbandes eine wesentliche Änderung der Streiklage herbeiführen wird, ist sehr zweifelhaft, da die Organisationen an den Streik auf die Bergarbeiter erheblichen Einfluß haben.

## Keine Wiederaufnahme der Arbeit.

Bochum, 12. April. (Z. U.)

Die Streiklage im Bochumer Bezirk ist nach wie vor ernst. Auch die Verwilligung der siebenstündigen Schicht hat keinen Umschwung herbeigeführt. Mit Ausnahme der Schächte der Harkener Bergbau-Gesellschaft, die am Montag die Arbeit wieder aufnehmen wollen, haben die Bergleute beschlossen, bis zum Sturz der jetzigen Regierung im Streik zu verharrten, obwohl der alte Bergarbeiterverband auf Grund der Zugeständnisse der Regierung und der Erfüllung der Knappheitsforderungen mit großer Mehrheit den Bergleuten empfohlen hat, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Die Knappheitsbeamten haben beschlossen, am Montag wegen Gehaltsforderungen in den Streik zu treten. Schon gestern leisteten sie passiven Widerstand.

## Generalkrieg in Hagen.

(Eigene Drahtnachricht der „Freiheit“)

Hagen i. W., 11. April.

Die Arbeiterkraft von Hagen und Schwelm unterliegen die streikenden Bergleute in ihrem Kampfe und bitten ausdauern bis zum Endziele. Die gesamte Arbeiterkraft von Hagen und Schwelm ist heute, den 11. April, in den Generalkrieg aus Sympathie und Solidarität für die streikenden Bergleute eingetreten.

## Die Organisationen fordern zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.

Bochum, 11. April.

Auf den Zeichen des Bochumer Bezirkes ist die Streiklage im großen und ganzen unverändert. Die Notstandsarbeiten werden ausgeführt. Reichskommissar Seebering hat eine Verordnung erlassen, nach welcher alle männlichen Einwohner des im Besatzungsgebiete befindlichen Bezirkes im Alter von 17 bis 50 Jahren bei Gefährdung bis zu 500 M. und bei Gefährdung bis zu einem Jahre zur Ausübung der Notstandsarbeiten herangezogen werden können.

Die Konferenz der Vertrauensleute des alten Bergarbeiterverbandes hat nach sechsstündiger Verhandlung bei namentlicher Abstimmung mit 217 gegen 22 Stimmen beschlossen, den Verbandmitgliedern zu empfehlen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Konferenz hat für die Wiederaufnahme Bedingungen aufgestellt, deren Erfüllung die sofortige Einstellung der Streikenden einschließt: Ein- und Auszahlung für den einzelnen Mann unter Fortzahlung der bisherigen Löhne ist. Die Reichsregierung beruft eine Kommission, die die Frage der Einführung der Sechsstunden-Schicht prüft und geeignete Vorschläge macht.

Die hier großen Bergarbeiterverbände erließen einen gemeinsamen Aufruf an die Bergarbeiter des Ruhrreviers, wobei sie unter Hinweis auf die durch die Verhandlungen mit dem Notstandsverbande und der Knappheitsbeamten erreichten Zugeständnisse nachmals in eindringlicher Sprache auffordern, nunmehr die Arbeit wieder aufzunehmen.

## Der Bankbeamtenstreik in Leipzig.

Leipzig, 11. April.

Der gestern beschlossene Sympathiestreik der Leipziger Bankbeamtenverbände für die Berliner Bankbeamten ist heute vormittag bereits teilweise durchgeführt worden, zuerst von den Beamten der Dresdener und der Deutschen Bank, nachdem ernste Abstimmungen eine sehr große Mehrheit dafür ergeben hatten. Bei der Allgemeinen Deutschen Arbeiterkraft war die Mehrheit für den Ausbruch so gering, daß es nicht zu einem Beschluß kam und der Streik dieser Bankkraft vorläufig voll auszubrechen bleibt. Von den übrigen Banken liegen die Abstimmungsresultate noch nicht vor. In den noch geöffneten Bankgeschäften herrschte harter Ausbruch, da man sich anscheinend noch rechtzeitig mit Bargeld versehen wollte.

T.U. Köln, 12. April.

In einer Vertrauensmännerversammlung der Arbeitergemeinschaft des Deutschen Bankbeamtenvereins wurde erklärt, daß, solange die Banken die großen Direktorengelöhner und Aufsichtsratsmitglieder zu zahlen in der Lage sind, die Bankbeamten von ihren erhobenen Forderungen nicht abweichen würden.

## Herr Heine als oberster Hüter des Rechts.

II.

Unter Mitwirkung Heines wurde ich selbst wie anders politische Gefangene in dem Seilensgefängnis Berliner Straße inmitten von Reichswehrtruppen untergebracht. Alle Reklamationen sind an dem obersten Trommelfeld der Reichswehr abgeprallt. Wie fortjamm bekannt, wurden die Soldaten von Anfang an gegen die Vertreter der revolutionären Arbeiterkraft aufgebracht. Während der Märzrevolution steigerte sich ihre Erbitterung bis zur Siedehitze, als die Regierung die Lage von der Ermordung der 57 Lichterberger Politischen verdrängen ließ. In der Preussischen Nationalversammlung hat Genosse Adolf Hoffmann und später haben unsere Zeitungen Briefe von Augenzeugen der Gräueltat, die damals hier im Gefängnis vorgekommen sind, veröffentlicht. In unsere Reihen drang der Rausch dieser Scheuheitsreden herein: Wir hörten das Gebrausch der Peiniger, das Schreien, die Anklagen und den Todesstöhnen der Opfer. Wir hörten die Schreie fallen, wenn in der „Stillen Ecke“ einer der Märzkämpfer erstickt wurde. Geschossen wird hier überaus eigentümlich fortwährend. Unmittelbar anschließend an unseren Flügel ist in einem Seiten gange ein Schießstand angebracht, vor dem die Soldaten nach Gutsdunkeln mit Revolvern, Pistolen, Maschinenpistolen, leichten und schweren, darauf los ballern. Die 5 Meter hohen Gefängniswänden verstärken die Schallwirkung enorm. Man kann sich ungefähr eine Vorstellung davon machen, wenn ich erwähne, daß weidlich, als der Direktor mich in der Zelle aufsuchte, wir das Gespräch wiederholt minutenlang unterbrechen mußten, weil wir beim Rattieren der Maschinenpistole unsere eigenen Worte nicht hören konnten. Jetzt hat die Knallerei infolge der Verstellungen der Seilensverwaltung etwas nachgelassen, früher oder später sie oft Stunden hindurch. Und wenn in den Märztagen plötzlich Schüsse fielen, erwiderten sie immer die Frage: Ist das nur Nebenschüsse oder werden da wieder Mitteilnehmer ermordet?

Wir selbst wurden durch Soldaten mit Drohungen bedrängt. So äußerte, als ich in der Freistunde im Hofe umherging, ein Soldat laut zu mir: „Die Kerle müßten alle erschossen werden. Ein großes Maschinengewehr und dazu alle hundert auf einmal rein!“ Auch die armen Frauen, die mit Kindern für ihre inhaftierten Männer im Vorraum warten müssen, bis sie vorgelassen werden, wurden von Hoffungen mit solchen Redensarten gequält.

So etwas Tag für Tag, Woche für Woche als Gefangener mehrlos über sich ergehen lassen zu müssen, stellt außerordentlich hohe Anforderungen an die seelische Widerstandsfähigkeit. Auch starke Naturen können schließlich dadurch ermüdet werden.

Besonders abgesehen war es auf den bolschewistischen Genossen Kadel, den die Regierung — einen Parteimitglied der Sowjetrepublik wohl gemerkt — bekanntlich anfangs schwer gefesselt in der Raubmörderzelle hat einsperren lassen. Nach einigen Tagen nahm man ihm die Fesseln ab, verlegte ihn in ein oberes Gefloß, da machten Offiziere sich das Vergnügen, ihn durch das Gellengelock zu beschließen und ihn durch Zurück zu drangsalieren. So hat ihm einer zugeworfen: „Dem Kerl müßte man Blausäure eingeben!“ Die Verwaltung hat ihn damals tagelang nicht aus der Zelle gelassen, weil sie seine Ermordung befürchtete. Er wußte sich um Abhilfe und Schutze an die Regierung. Wie der stellvertretende Direktor sich mit regenüblicher Andeutung, hat Kadel „ein händeringendes Telegramm“ an den Justizminister Heine geschickt.

Kadel hat sicher nicht bei Heine auf Empfindungen menschlichen Mitleids oder das politischen Anstandes gerechnet. Er hat aber wohl angenommen, Heine wird sich der Pflicht bewußt sein, daß er die ihm unterstellten Soldaten gegen Verdrängungen und Bedrohungen schützender Art schützen müsse.

Die Antwort auf jenes „händeringende“ Telegramm hat der oberste Hüter des Rechts im Sinne des Rechts in seiner Rede am 14. März erteilt, indem er höchstselbst die Soldaten durch erlösende Bescheidigungen gegen seine politischen Gegner aufhebt, wobei er neben mir noch Kadel ausstern nahm, trotzdem dieser, wie sogar aus den Akten hervorgeht, mit der ganzen Raubmörderbande gar nicht am tun



hätte. Seine bezichtigte ihn absurder Pläne zur Vernichtung Deutschlands und entblödete sich schließlich nicht, den Mann, der ihn „händelnd“ um Schutz erjucht hatte, einen „Weltverbrecher“ zu schimpfen.

Das war wohl der Gipfel ministerieller Niedertracht, wenigstens der bis jetzt erreichten; denn die Herren übertrumpften sich ja immer gegenseitig in der Forderung solcher Dokumente menschlicher Verkommenheit.

Nur sollen sie sich nicht einbilden, daß sie mir gegenüber irgend etwas ausdrücken, weder mit ihren Drangalierungen, noch mit ihren Verleumdungen.

Es in der Nacht zum 11. Januar ich gleichzeitig mit dem Genossen Meyer durch einen Soldatentrupp unter Führung des Leutnants Güraen verhaftet wurde, erkannten wir bald, daß es von den Verantwortlichen des Putzschusses auf unsere Ermordung abgesehen war. Als der nämliche Leutnant Güraen hinter den Verhaftungsbort fortzuckte hatte, indem er auch Richard Müller festzunehmen versuchte, hat sich beim Vollzug ein Soldat dafür als Reue gemeldet, daß Güraen in der Kanarnacht verhaftet hat, die Soldaten zu meiner Ermordung anzustellen. Der laubere Plan sei daran gescheitert, daß die Soldaten sich zu diesem Schurkenreich nicht hergeben wollten. Mein Rechtsanwalt hat diese Mitteilungen der Sozialdemokratie unterbreitet. Was daraus geworden ist, weiß ich nicht.

Hier im Gefängnis mußte ich wiederum längere Zeit hindurch auf meine Ermordung gefaßt sein. Niemals habe ich mich dadurch seelisch niederdrücken lassen. Alles, was ich durchzumachen hatte, stählte mich nur in dem Entschluß, unbeeinträchtigt nun erst recht weiter zu wirken für die Sache der Menschheitsbefreiung durch den Sozialismus, der ich mein Leben geweiht habe. Ich empfand es als eine stolze Aufgabe, daß ich allen meinen Kampf- und Leidensgenossen durch mein Beispiel, das immer besser wirkt als die schäblichsten Lehren, den Mut und die Furchtlosigkeit auf den endgültigen Sieg unserer großen Sache zu stärken habe. Mir wurde dann auch die Benutzung auf, daß ein Mitgefangener mir erklärte, mein Verhalten habe ihn ermutigt, es halte ihn ab, zu verzagen. Wo sich mir die Gelegenheit bot, habe ich auch die tätigen Genossen außerhalb des Gefängnisses angefeuert, mit aller Energie weiterzuarbeiten für unsere große Sache, unbekümmert darum, was die Lüge unserer Gegner erfinden mag.

Und dann sprich solche Schwärme, wie dieser Heine, die giftige Verdächtigung gegen mich aus, ich sei ein Feindling, weil ich dem Inquirenten in der Voruntersuchung jedwede Aussage verweigere!

Doch was dieser Heine treibt, ist ja nicht isoliert für sich zu verstehen. Auch das ist nur das Symptom einer allgemeinen Erscheinung.

Den jetzigen Machthabern, die früher Ruhnieher des wilhelminischen Völkerverfalls waren, die sich dann zu Ruhniehern der Revolution mauserten und beste Ruhnieher der Konturrevolution sind, steigt das Wasser an den Hals. Die Arbeiterkraft kommt allmählich zur Erkenntnis, wie sie genarrt und betrogen wird. Mit solchen Gründen kommen die Machthaber gegen uns nicht auf. Da greifen sie zu dem Verweilungsmittel, ihre Widerlächer persönlich zu diskreditieren. Nicht bloß und nicht das so, die wir im Vorderreihen des revolutionären Kampfes stehen. Sie sollen durch Hilfe ihrer Werkzeuge, der Stampfer, der Stutker, der Seilmann, der Hofrichter, her über einen leben, der sich nur Kritik läßt an dem menschlichen Reaktionsgetriebe. Um nur einige Namen zu nennen aus jüngster Zeit: Bergog, Verleide, Gerlach, wachen, gegen den Regierungskolossal zu läden. Sie werden beschimpft und verleumdet, verleumdet und beschimpft. Doch solche Kräfte verlangen nicht mehr. Die Flut der Volksempörung steigt. Sie wird die Verräter an der sozialistischen Revolution hinwegschwemmen von dem Platz, den sie sich durch Länkhumschwandover errangt haben. Auch in Deutschland drängt die bittere Erfahrung der Revolutionsmonate der Arbeiterkraft die Erkenntnis auf, daß das Proletariat keine Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung nur erringen kann aus eigener Kraft.

Berlin, im Hellenenianis, Rehler Straße.  
10. April 1919.  
Georg Bedebour.

## Zum Rücktritt der Sozialisierungskommission.

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin-Schöneberg.

Wir geben den nachstehenden Artikel Direktor Kuczynskis um so lieber wieder, als es sich um die Weisungen eines Mannes handelt, dessen sachmännliche Autorität und Unabhängigkeit des Charakters seinen Worten großes Gewicht verleiht. Die Behandlung dieses Mannes durch das Wirtschaftsamt ist ein neuer Skandal, der sich an die übrigen reiht. Zur Unfähigkeit und Unfähigkeit, die die ganze Regierung kennzeichnet, tritt bei diesem Knie noch die anmaßende Ueberheblichkeit besonders aufreizend hervor.

Die Sozialisierungs-Kommission hat ihren Abchied genommen und ihre Arbeiten eingestellt. Das wird im Inland und im Ausland großes Aufsehen erregen. Denn diese Kommission bestand nicht, wie bei uns üblich, aus juristisch orientierten Beamten und privatwirtschaftlich orientierten Interessenten; hier sahen vielmehr unabhängige Volkswirte von Welt, die monatelang ihre ganze Kraft und ihr umfassendes Wissen der großen Aufgabe des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes widmeten. Begründet haben diese Männer ihren Abchied in einem ausführlichen Schreiben an den Reichswirtschaftsminister, das für alle Zeiten als ein Denkmal der Schande für unsere noch immer unerschütterte Geheimratswirtschaft fortleben wird. Sie blieben auf ihrem Posten, so lange sie es noch irgend mit ihrer Ehre vereinigen konnten. Jetzt sind sie gegangen, weil „jede Hoffnung auf ein Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsministerium und der Regierung unter dem gegenwärtigen System geschwunden ist“. Sie erlagen „der offensen und was noch schlimmer war, der verstandigen Opposition und Obstruktion des Reichswirtschaftsamtes“. Das Amt hatte ihren „vorläufigen Bericht über die Sozialisierung der Rohle absichtlich der Nationalversammlung und der Öffentlichkeit so lange vorenthalten, bis ihre eigenen, der Kommission entgegen allen Zusagen niemals vorgelegten Geheimschriften in Weimar durchgelesen waren“. Die Kommission betont den Mangel an Loyalität, der in der „geflissentlichen Verheimlichung des Berichtes in Weimar liegt“, und sie lehnt es ab, sich weiter, wie in der Frage der Sozialisierung der Hypothekendarlehen, „der Öffentlichkeit gegenüber mündot machen zu lassen“.

Wir bestreiten hier wie in den früher erwähnten Fällen einer demokratischen Regierung das moralische Recht, mit den veralteten Methoden einer engherzigen Bürokratie, die die Summe aller Weisheit in sich vereint glaubt, dem deutschen Volke die Unterlagen für eine selbständige Stellungnahme vorzuenthalten.

Die Kommission ist einig darin, daß eine bürokratische Behörde an sich und gar eine in der völlig dem alten Regime entnommene Zusammenfassung des Reichswirtschaftsministeriums nicht fähig ist, einen einheitlichen und zugleich im einzelnen durchgearbeiteten Plan für einen wirtschaftlichen und sozialen Neuaufbau zu entwerfen. Jeder systematische Versuch einer wirtschaftlichen Neugestaltung wird — von den Verleugern natürlich abgesehen — die Schaffung eines volkswirtschaftlich orientierten Gremiums zur Voraussetzung haben, das oder nur dann etwas zu leisten vermag, wenn ihm eine ganz andere Position gegeben wird, als der Sozialisierungskommission nach den bei den Mitgliedern des Kabinetts durchgedrungenen Wünschen der alten Bürokratie zuerkannt wurde. Dabei macht es keinen Unterschied, ob dieser Neuaufbau mehr oder weniger sozialistisch geplant wäre, wie auch die Auffassung der Kommissionsmitglieder in diesen Fragen von ihrer Parteigebhörigkeit und ihrer Stellung zum Sozialismus nicht berührt wurde, sondern völlig einheitlich erfolgte.

Die meisten Zeitungen hielten es nicht für nötig, von diesem Schreiben Notiz zu nehmen. Dagegen besitzen sie

sich die nachstehende, durch W. L. B. verbreitete Antwort des Reichswirtschaftsministeriums abgedruckt.

Berlin, 8. April. (Antlitz). Die Sozialisierungskommission hat ihr Mandat in die Hände der Regierung zurückgelegt. Die Ursache ist weniger in sachlichen Gegenständen als in persönlichen Empfindlichkeiten der Sozialisierungskommission zu suchen. Der Reichswirtschaftsminister hatte bei dieser Lage der Dinge in einem Schreiben an die Sozialisierungskommission betont, daß er die Möglichkeit eines gezielten Zusammenarbeitens immer mehr schwinden sehe. Der Sozialisierungskommission hat aus dieser Auffassung der Herrn Ministers Befehl die Konsequenz gezogen und ihr Mandat niedergelegt. Die Regierung wird nun, wie ihr das ja auch staatsrechtlich und faktisch zuzustehen, auf dem Wege der Befreiung die notwendigen Sozialisierungsbestrebungen und die weitere gemeinwirtschaftliche Organisation der deutschen Volkswirtschaft allein durchführen.

Unter diesen Umständen erscheint es mir nicht jedoch anständigen Menschen, die Sozialisierungskommission in ihrem Kampfe für Wahrheit und Recht zu unterstützen. Zu diesem Zwecke unterbreite ich der Öffentlichkeit ein Schreiben, daß ich — in völliger Unkenntnis des Sachstoffs der Sozialisierungskommission — an Herrn Unterstaatssekretär v. Moellendorf gerichtet habe; es bildet den formellen Abschluß meiner Tätigkeit im Reichswirtschaftsministerium, in das ich im November v. J. als Beirat für die Bearbeitung statistischer Fragen, insbesondere zur Vorbereitung der Preisverhandlungen“ berufen worden war.

Berlin-Schöneberg, den 4. April 1919.  
Sehr geehrter Herr Unterstaatssekretär.

Ich erlaube mir das folgende Schreiben:  
Reichswirtschaftsministerium Berlin NW 7, den 31. März 1919.  
H. B. 908  
Zuifensstraße 20/21.  
Euer Hochwohlgeboren haben Herrn Dr. Franke gegenüber den Wunsch geäußert, mit Rücksicht auf sonstige starke Inanspruchnahme von der weiteren Tätigkeit für das Reichswirtschaftsministerium entbunden zu werden. Indem ich diesen Wunsch Rechnung trage, danke ich bestens für die dem Reichswirtschaftsministerium bisher ehrenamtlich geleisteten wertvollen Dienste, die meine volle Anerkennung haben.

In Vertretung: W. v. Moellendorf.  
Es ist nicht richtig, daß ich Herrn Dr. Franke gegenüber den Wunsch geäußert habe, mit Rücksicht auf sonstige starke Inanspruchnahme von der weiteren Tätigkeit für das Reichswirtschaftsministerium entbunden zu werden, und es ist auch nicht richtig, daß meine dem Reichswirtschaftsministerium bisher ehrenamtlich geleisteten wertvollen Dienste Ihre volle Anerkennung gefunden haben. Der Sachverhalt ist vielmehr folgender:

Ich halte von Ihnen u. a. auch den Auftrag erhalten, den von dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes angeforderten Bericht betr. unsere wirtschaftliche Schädigung durch die völkerrightswidrige Blockade abzulassen und habe ihn nach den mit Ihnen vereinbarten Grundsätzen und im dauernden Zusammenarbeiten mit den Sachsektionen des Reichswirtschaftsamtes und anderen Sachverständigen angefertigt. Ich kam zu einem Gesamtschaden von 4 Milliarden. Mein Entwurf wurde von allen Instanzen gebilligt. Herr Staatssekretär Dr. Müller verweigerte aber die Unterschrift und erteilte einem gänzlich unvorbereiteten Hilfsarbeiter des Statistischen Reichsamtes den Auftrag binnen 24 Stunden einen neuen Bericht zu schreiben. Der Charakteristika dieses neuen Berichtes möchte ich nur daran erinnern, daß er allein den volkswirtschaftlichen Schaden durch Mindererzeugung von Bleich infolge des Fortfalls von ausländischen Hilfsmitteln auf 35 Milliarden bezifferte. Der Bericht hatte überhaupt ganz das Gepräge jener verlogenen amtlichen Auslassungen, die Sie in unserer Besprechung vom 17. Januar über „Öffentlichkeit bei den Reichsstellen“ so heftig verurteilt hatten, und es zeigte mir, wie gering Sie meine Arbeit einschätzten, als Sie jenen Bericht ohne Rücksicht mit mir unterzeichneten und an das auswärtige Amt abschiedten.

Hätte ich das Hauptziel meiner ehrenamtlichen Tätigkeit im Reichswirtschaftsamte darin erblickt, die volle Anerkennung meiner Leiter zu finden, so hätte ich damals sofort ausscheiden müssen. So aber hielt ich mich zur weiteren Verfügung des Amtes. Ich bin jedoch seitdem (Ende Januar) zu keiner einzigen Beratung zugezogen und mit keiner weiteren Arbeit betraut worden. Mir daher Herr Dr. Franke Mitte März im Verlauf einer telefonischen Unterhaltung mitteilte, er sei zum Leiter der Sektion Statistik ernannt worden, und mich bat, mich weiter als Mitarbeiter in der Sektion führen zu dürfen, sagte ich ihm, diese

## Die Fabel von Herkules.

Von August Strindberg.

Herkules hatte seine sechs Arbeiten vollendet und sollte jetzt die sechste beginnen, nämlich den Augiasstall reinigen. Diese Arbeit war die unangenehmste, wenn auch nicht die schwerste. Dreitausend Ochsen hatten dort dreißig Jahre gestanden und gemistet, ohne daß jemand es gewagt hätte, den Stall reinzumachen. Es war keine leichte Arbeit, aber er hatte sie nun einmal übernommen. Zuerst machte er einen Versuch mit Schaufel und Besen.

Da erschob sich ein Brüllen: dreitausend Ochsen brüllten auf einmal.

— Daß unsern Dreck sein! Das ist unser eigener Dreck!

— Danach frage ich den Teufel, sagte Herkules und begann anzuarbeiten.

— Laß uns unsern Dreck behalten, brüllten die Ochsen wieder und wandten ihm die Hörner zu.

Nein, sie durften ihn nicht behalten! Er schlug sie mit der Schaufel so auf die Hörner, daß sie schwolegen.

Er bummelte und schaufelte so, daß er bis über die Schultern im Schmutze stand.

Da wollten die Ochsen ihn verhöhnen.

— Geht doch diesen Schmutzpeter, sagten sie.

— Ihr, ihr seid Schmutzpeter, antwortete Herkules; ich habe diesen Dreck nicht gemacht; daß ich aber schmutzig werde, wenn ich mich mit euch abgebe, dafür kann ich nicht.

Die Ochsen schwiegen. Da aber frohen die Mistfäßer hervor, die in den Kotballen wohnten und bauten.

— Laß unsere Kotballen sein, brumnten sie.

— Es sind nicht eure Kotballen, sagte Herkules, sondern die der Ochsen!

— Ja, aber wir frieren, wenn ihr sie fort schafft.

— Arbeitet, dann braucht ihr nicht zu frieren.

Wenn sie arbeiteten! Am Abend, als Herkules sich schlafen legte, rollten sie alles wieder in den Stall, was er hinausgeschaukelt hatte; am nächsten Morgen sah der Stall ebenso arg aus wie vorher.

Da wurde Herkules böse.

— Hier hilft weiter nichts, als den Stall unter Wasser setzen.

Als die Ochsen vom Wasser sprachen hörten, das sie dreißig Jahre lang nicht gesehen, entband ein solches Lärmen und Brüllen, daß die Mistfäßer, die nur in der Dämmerung draußen sind, aufstiegen und auf den Rücken der Ochsen Schutz suchten.

Aber Herkules ward nicht ängstlich, sondern ließ das Wasser laufen, und herein kurgten zwei große Pluten, die den Stallboden unter Wasser setzten.

— Er ist ein Volksfeind, brüllten die Ochsen; er will die Gesellschaft vernichten, er will die ganze Erde ertränken.

— Das will er nicht, sagte Herkules; er will nur den Mist unter Wasser setzen, und ein Volksfeind ist er nicht, aber ein Ochsenfeind und ein Mistfäßerfeind, das ist er.

Als alles fertig war, ging Herkules fort und legte sich hin, um zu schlafen.

— Wie sollen wir uns rächen? fragten die Ochsen. Haben wir denn Waffen, die wir etwas anhaben können? Die Hörner schaffen es nicht!

— Wir wollen ihn mit Dreck bewerfen, sagte der Stier.

— Den wäsch er ab, sagte sein Nachbar.

Die Frage wurde besprochen, und als alle Ochsen ihre flingen Köpfe zusammenstreckten, kamen sie zu dem Ergebnis, daß sie keine Waffen besaßen, die Herkules etwas antun konnten.

Aber ein Mistfäßer, der die Herbergeung gehört hatte, bekam eine Idee. — Die war sehr alt, und darum sand sie Gehör bei den Ochsen.

— Mon mühte ihn mit seinen eigenen Waffen schlagen.

Mit seinen eigenen Waffen! Das war die Keule; die aber vermochte keiner zu heben. Es war also eine dumme Idee, wenn sie auch alt war.

— Seht ihn unter Wasser, verstanden, fiel ein anderer Mistfäßer ein; seht ihn unter Wasser, wie er es mit unserem Stall gemacht hat.

Das ließ sich hören! Das war seine eigene Waffe. Aber das Wasser? Wo sollte man es hernehmen?

Der Mistfäßer küßerte dem Stier etwas zu; der deutete seinen Kopf zum Nachbar, und bald war es allen Ochsen klar, woher sie das Wasser nehmen sollten; aber sie wollten es nicht laut sagen, jeht, da sie so reinlich geworden waren.

Herkules erwachte davon, daß er in eine schmutzige Pfütze sank. Aber er wußte sich Rat; er stürzte auf seine Keule, die aus Eisenholz war und also wie ein Eis schwammen konnte. Aus äußerer natürlichen Ursachen nahm der Stom bald ab, und Herkules sah auf dem Tretenen.

Da ging er in den Stall und hob im Horn seine Keule. Aber es raute ihn.

— Man schlägt Rüsse nicht mit einem Hammer. Ihr Mistfäßer euch allerdings reines Wasser leisten können, wie ich es mit euch gelehrt habe. Aber das macht nichts; Ochsen bleiben immer Ochsen. Wenn ich euch nun auf den Hintern schlage, weil ihr euch so reinlich an mir gerächt habt, so kommt nachher nicht und sagt, ich habe mich an euch gerächt. Ich räche mich nicht, ich strafe.

Und er schlug alle Ochsen auf den Hintern, alle dreitausend, aber die Mistfäßer lieh er laufen.

Seit dieser Zeit sind alle Ochsen hinken gekorsten, und jedesmal, wenn jemand einen Stall reinigen will, strecken die Ochsen den Schwanz in die Luft.

## Kunstkalender.

Opernhaus. Die „Don Juan“-Neueinstudierung findet nicht, wie angekündigt, Montag, sondern in Mittwoch, den 10. April, statt. — Hans Wähner musikalisch Legende „Balestrin“, die kürzlich ihre erfolgreiche Erloaufführung im Wiener Operntheater erlebte, wurde vom Berliner Opernhaus zur Aufführung erworben und wird unter Wähners Leitung im Hause des Ronal September erstmalig im Opernhaus in Szene gehen. — Hermann Jadowler feiert Ende dieses Monats auf dem Opernbühnen.

Im Volkshäuserkonzert am Karfreitag im Theater am Schauspielabend 18 Uhr werden die Herren Arthur Schnabel, Professor Carl Flesch und Professor Gustav Wever Trio von Beethoven und Schubert für Klavier, Violine und Cello zum Vortrag bringen. Das Programm enthält außerdem Volkslieder sowie Chöre von Schumann, Weber, Mendelssohn und Brahms. — In den Opernkonzerten des Verbandes der freien Volkshäuser in der Philharmonie gelangen Instrumentationen der Lieder „Dichers Abendglocke“, „Winternacht“ und „Der Arbeitsmann“ von Richard Strauß, gesungen von Ernst Kraus, unter Leitung des Kamponisten zur erstmaligen Aufführung.

In der Volkshäuserkonzert am kommenden Donnerstag erntet Flesch „Benthesilea“ aufgeführt.

Im Deutschen Künstler-Theater wird als nächste Erloaufführung Victor Schmidts Lustspiel „Das Schloß am Wannensee“ vorbereitet.

Die Stadt Berlin hat für ihre zukünftige Galerie ein „B. m. d. d. d.“ von Lucien Corinthe durch die Berliner Gesellschaft erworben.

\*) Aus den kürzlich erschienenen „Fabeln“ von August Strindberg. München und Berlin bei Georg Müller, 1918.



ere Form habe keinen Zweck; wenn ich nicht wirklich zugezogen würde, würde ich aus der Stellung auscheiden. Daraufhin schickte ich das oben wiedergegebene Schreiben. Sie werden verstehen, daß ich es nicht unüberwinden lassen möchte.

Stuczynski.

## Das Räteystem auf dem Rätekongress.

Zu Beginn der heutigen Tagung wiederholte sich das Beispiel, daß der Kongress in seiner Mehrheit seine eigene Machtlosigkeit demonstrierte. Eine Protestresolution und Entschließung gegen die Massenverhaftungen im Ruhrrevier wurde abgelehnt und der Verzicht des Völkerrats, daß die Parlamentarier Bedenken wegen Nichterfüllung abgeben und eine Immunität der Delegierten nicht anerkennen, erachtete würdig die Haltung des Kongresses in dieser Frage.

Das Referat von Cohen-Kneuf über das Räteystem dauerte bis 11 Uhr. Dann begann Däumig's Referat. Cohen übte scharfe Kritik an den Unterlassungsünden der Regierung und berührte sich in vielen Punkten mit der Kritik der U. S. V., wobei er vergaß, energisch zu betonen, daß die isolierten Politik der Regierung nur eine Weiterführung der opportunistischen Kriegspolitik der Partei bedeutet, an der Cohen erheblichen Anteil hat. Sehr interessant waren seine Ausführungen über das Räteystem, die man in die Formel zusammenfassen kann: Das Richtige im Rätegedanken erhalten, aber den Volkswirtschafts vermeiden. Durch Verzicht auf die Nationalität und die Gedanken der Räteidioten zu widerlegen. Er will eine Vereinigung von Volkskammer und eine zweite Kammer der Räte. Durch diese Vereinigung von Demokratie und Räteystem soll der Weg zum Sozialismus abgebannt werden. Die Rätekommission soll nicht nur wirtschaftliche, sondern auch eine politische Funktion haben, da sich die Gebiete Politik und Wirtschaft nicht trennen lassen. Betriebliche in Verbindung mit den Gewerkschaften sollen die Sonderinteressen der Berufsgruppen weichen, während die Kammer der Arbeiter die Einheit und die Gesamtinteressen des Wirtschaftsgebietes darstellen und vertreten soll. Cohen erwartet von diesem Räteparlament auch eine Stärkung des Einheitsgedankens und eine Schwächung des viel zu sehr erstarrenden Partikularismus. Der überflüssige Statistencharakter wird durch diese Rätekommission beseitigt. Bei aller scharfen Kritik an der Regierung, bei der Betonung der Notwendigkeit internationalen Zusammenwirkens vermißt man in den Darlegungen Cohens eine allgemeine theoretische Richtlinie, so daß kein Sonderverhältnis in der Luft hängt, falls nicht eine völlige Wandlung der Regierungspolitik eintritt, was bei der Haltung der Mehrheitsfraktion im Kongress nicht zu erwarten ist. Däumig gibt einleitend seiner Enttäuschung über den mangelnden revolutionären Geist der Tagung breiten Ausdruck.

## Neuer auswärtige Politik.

Vor den Delegierten des Rätekongresses sprach heute nachmittag Herr von Gerlach über die auswärtige Politik. Der Redner gab einleitend einen großen Überblick über die Entwicklung der auswärtigen Politik während der letzten Jahrzehnte. In Deutschland habe die Nachkriegszeit nicht nur in der Richtung tatkräftige Vertreter gefunden, sondern auch weite Volksteile huldigten dem Wahlspruch: „Der ewige Frieden ist ein Traum und zwar kein schöner.“ Die Bestimmung habe es der alten Regierung erleichtert in der Frage der Abhaltung und der Schiedsgerichte eine bräutliche Haltung einzunehmen. Im Bunde mit einer mäßigjährigen Presse habe die deutsche Regierung zur Schürung des Weltfriedens beigetragen. Der Kern der Schuldfrage hinsichtlich des Weltkrieges liegt juristisch bei der deutschen Regierung. Das österreichische Ultimatum habe unweigerlich den Anstoß gegeben. Die deutsche Geschichte mit einem Ultimatum losging, sei ein Beweis für die geringe Friedensbereitschaft auf deutscher und österreichischer Seite. Die Zentralmächte haben in den kritischen Julitagen 1914 nicht jede Gelegenheit benutzt, den Streit auf dem Verhandlungswege, den England anzog, beizulegen. Die Nacht habe sich nur von dem Grundgesetz leiten, den Kleinen zu schützen. Herr von Gerlach bittet den Rätekongress auf die Frage der gegenwärtigen Politik erhöhte Aufmerksamkeit zu richten. Es würde auf das Ausland von woblätlichem Einfluß sein, wenn der Rätekongress durch Beschluß die Veröffentlichung des von Rautschi dem Auswärtigen Amt gestellten Memorials über die Vorgeschichte des Krieges befehlen würde. Es sind bereits mehrere Hände solcher Dokumente fertiggestellt. Die Regierungsdokumente wären jedoch immer noch mit der Herausgabe. Man solle sich auch nicht nur auf die Akten des Auswärtigen Amtes beschränken, sondern auch das Privatarchiv des Kaisers und das Material des Großen Hauptquartiers müsse in Sicherheit gebracht werden.

Gerlach wandte sich sodann gegen die unglückliche Zusammenfassung der Friedensdelegation, namentlich gegen deren Mitglied Dr. David, der während des Krieges den freiwilligen Kommissar der kaiserlich deutschen Regierung gespielt hat. Es sei sehr verhängnisvoll, diesen Mann als den Vertreter des neuen Deutschland nach Paris zu senden. Schickt man von deutscher Seite ehemalige Kriegstreiber, so hätte man auch drüben die Position der Chauvinisten und Schwäche des Wilsonschen Völkerbundgedanken. Der Völkerbundgedanke unter kapitalistischer Regie sei zwar noch kein Ideal, besonders vom proletarischen Standpunkt, aber doch immerhin ein Anfang, eine Abkehr von der alten Anarchie und das internationale Proletariat müsse alles daran setzen, durch seinen Einfluß den Völkerbund zu einer wirklichen Friedenswirtschaft zu machen. Gegenüber der bisher geübten wahlmühsigen Bündnispolitik sei der Völkerbund ein wichtiger Schritt vorwärts, ein Hilfsmittel, dem Weltfrieden ein Ziel zu setzen, dem imperialistischen Wahn zu steuern und die internationale Sozialpolitik kräftig zu fördern. Gerlach bittet den Kongress nochmals dringend, wenn irgend möglich die auswärtige Politik einzutreten, damit noch in letzter Stunde die Zusammenfassung der Friedensdelegation geändert werden könne. Nur ein vollständiger Bruch mit dem Alten bringe den Frieden und den Sozialismus.

In der Debatte wandte sich Cohen-Kneuf gegen die übertriebene Belastung Deutschlands in der Schuldfrage und sprach von überschwänglichen Oeffnungen, die auf den Völkerbund gesetzt werden. Dieser Bund sei ein anglo-amerikanisches Weltabschwärzungsmittel. Demgegenüber müsse die Befestigung des europäischen Kontinents angestrebt werden.

ginn der Revolution Rußland gegenüber von der neuen Regierung getrieben worden ist. Er verurteilt weiter die verwerfliche innere Politik, die jetzt in Deutschland durch die Militärliste die Oberhand hat und womit wir uns wiederum den Haß und die Verachtung der ganzen Welt zuziehen. In dem Völkerbund Wilson liegt nicht die Rettung, sondern in der sozialistischen Internationale.

Ohme (S. P. D.) stellt sich auf den Boden der Ausführungen Cohens und macht dem Referenten den Vorwurf, daß er die ökonomischen Ursachen des Krieges zu wenig berücksichtigt.

Zu dem Schlußwort wandte sich Gerlach gegen eine gewisse einseitige ökonomische Betrachtung, wie sie ähnlich in der „Deutschen Tageszeitung“ vertreten wird, die geeignet ist, die Schuldfrage zu verunkeln. Wir müssen aber in Deutschland die Schuldigen brandmarken. Das Programm der Sozialpolitik werde sich zu einem neuen Gegenstand zwischen zwei großen Koalitionen ausdrücken und muß deshalb verworfen werden. Trotz aller Mängel liegt der Fortschritt in der Richtung des Völkerbundes, der in die sozialistische Internationale münden müsse.



## Helst den Gefangenen!

Wir stellen erneut fest, daß die politischen Gefangenen in den Gefängnissen hungern. Die ihnen verabreichte Kost ist meist so ungenügend und minderwertig, daß sie allen Qualen des allmählichen Verhungerns ausgeliefert sind. Wenn keine Hilfe beschafft wird, müssen die vielen Hunderte politischen Gefangenen, die in den Kerlern schmachten, elend zugrunde gehen.

Es ist Ehrenpflicht der Arbeiter, Pflicht jedes ansässigen Menschen, den Opfern der Willkürherrschaft zu Hilfe zu kommen. Spenden an Geld und Lebensmitteln werden entgegengenommen von Rudolf Budde, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, R.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III.

Es ist Vorfrage getroffen, daß die Spenden schleunigst den nothleidenden Gefangenen zugeführt werden.

Redaktion und Verlag „Freiheit“.



## Keine Klärung in Bayern.

Die Presse ist angefüllt mit alarmierenden Nachrichten über den Sturz des Zentralrats in München durch die Kommunisten und von persönlichen Differenzen zwischen den Führern der Kommunisten. Was an all diesen Meldungen wahr ist, kann von hier aus nicht nachgeprüft werden. Es scheint jedoch, als ob der ursprüngliche Plan der Kommunisten, den Zentralrat zu stürzen, aufgegeben worden ist und eine Verständigung mit den unabhängigen Sozialisten stattgefunden hat. Wie sich die Münchener Redaktionspolitik zu der hierdurch geschaffenen Lage stellen wird, eine Uraufklärung ersehen, deren Ergebnis noch nicht vorliegt.

Auch die Lage im übrigen Bayern ist noch unübersichtlich, doch scheint es, als ob die Münchener Regierung, abgesehen von Südbayern, keine wesentliche Unterstützung gefunden hat.

## Das Münchener Gemeindefolgeium gegen die Räteherrschaft.

T. U. München, 12. April.

In der Sitzung des Gemeindefolgeiums wurde eine von allen Fraktionen vereinbarte Erklärung beschlossen, in der die vom Landtage eingesetzte Regierung als die gesetzmäßige anerkannt wird.

## Durchbrechung des Neutralen Sozialisierungsprogramms.

T. U. München, 12. April.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, wird die Sozialisierung der Landwirtschaft auf Verlangen des Bauernrates nicht vom Zentralratskomitee, sondern von dem neugeschaffenen Landwirtschaftsministerium durchgeführt werden. Damit seien die Neutralen Sozialisierungspläne in einem ihrer wichtigsten Teile an dem Widerstand der Bauernschaft gescheitert.

## Das neue Ministerium Hoffmann.

Bamberg, 11. April.

Die morgige Nummer des „Freistaat“, des jetzigen Regierungsorganes, veröffentlicht folgende Bekanntmachung des Justizministeriums: Das Ministerium des Freistaates Bayern setzt sich zusammen wie folgt: Minister des Innern und Kultus Hoffmann, Minister des Innern Segel, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Minister für Handel und Industrie Segel, Finanzminister in Vertretung Dr. Haller, Verkehrsminister in Vertretung Kaldbrenner, Minister für soziale Fürsorge in Vertretung Galtner, Minister für militärische Angelegenheiten Schneppenbach, Justizminister Endres.

Unabhängige gehören dieser Regierung nicht mehr an.

## Massendemonstration in Paris.

Berlin, 11. April.

Nach einem Bericht der „Humanität“ gestaltete sich der Umzug zu Ehren des Kaudens von Jaurès am vergangenen Sonntag zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Mehr als 300.000 Demonstranten nahmen daran teil. Ritzend war, wie die „Chicago Tribune“ meldet, im Demonstrationzug die Tricolore zu sehen, nur rote Fahnen wurden im Zuge den einzelnen Gruppen vorangetragen. Offiziere und Soldaten in Uniform marschierten Arm in Arm mit den Demonstranten. Teilnehmer an dem Umzug erklärten dem Korrespondenten der „Chicago Tribune“: Diesmal zeigen wir unsere Stärke, das nächste Mal werden wir sie gebrauchen.

„Humanität“ vom 8. April stellt nochmals den ungeheuren Erfolg der Sonntag-Demonstration fest, die den ängstlich hinter Vorhängen zuschauenden Bürgern die Einsicht der Arbeiter bewiesen habe. Morgen werde der Gong der Ereignisse zu erschütternden Tönen ertönen und ein ebenso einsiges Proletariat stehen.

„Humanität“ vom 9. April meldet triumphant

als erstes Ergebnis der imposanten Sonntag-Demonstration, daß Clemenceau das Arbeitsministerium beauftragt habe, sofort ein Militärgesetz dem Parlament vorzulegen.

## Der Generalstreik in Danzig beendet.

Danzig, 11. April.

Der Generalstreik in Danzig ist beendet. Die Streikleitung veröffentlicht einen Beschluß, daß es am nächsten Tage, den Montag, noch mehr Gelegenheit zum Einmarsch geben. Man wolle nicht, daß sich der Kampf mit Waffen spiele. Die gesamte Arbeiterschaft Danzigs werde ersucht, am Montag die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen.

Vor der Beendigung des Generalstreiks ist es aber noch durch das Eingreifen des Militärs zum Blutvergießen gekommen.

## Demonstrationen in der Schweiz.

Bern, 12. April.

Vor dem Bundeshaus kam es vorgestern abends zu einer Kundgebung mehrerer tausend Personen gegen das Urteil im Generalstreikprozess. Verschiedene der Beurteilten richteten Anreden an die Menge. Die Streikprotesten erklärten sich mit den Beurteilten solidarisch. Die Menge ging am Schluß der Kundgebung in voller Ruhe auseinander.

Bern, 11. April.

Die im Generalstreikprozess beurteilten Arbeiterführer Grimm, Schneider und Robb haben einen Aufbruch erlassen, in dem sie die Arbeiterschaft auffordern, in einem gut erscheinenden Augenblick die Antwort auf diese Massenjustiz zu geben. Die 17 Streikprotesten erklärten sich solidarisch mit den Beurteilten und forderten zum weiteren Kampf auf. Das Örtliche Aktionskomitee ruft zu Massenversammlungen zwecks Einführung des Achtstundentages und der Sozialisierung auf.

## Aufhebung des Belagerungszustandes in Stuttgart.

Stuttgart, 11. April.

Nach einer Bekanntmachung des Staatsministeriums wurde heute der am 1. April erklärte Belagerungszustand aufgehoben.

## Aus der Parteipresse.

„Die Kämpferin.“ Unter diesem Titel erschien am 1. April die erste Nr. der Frauenzeitung der U. S. P. D. Die Redaktion liegt in den Händen der Genossin Mathilde Wurm, Seegräberstraße 45/46. „Die Kämpferin“ wird monatlich zweimal erscheinen. Sie wird in Leipzig gedruckt und kostet durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mark ohne Bestellgeld. Wir wünschen der neuen Kämpferin die weiteste Verbreitung.

Die soeben erschienene Nr. 15 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenzeitung „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Revolutionäre Ruhrpolitik, von A. Stein; Belagerungszustand, von Justizrat J. Werthauer; Die Kommunalisierung der Inflation, von F. Wagner; Das Klassenverhältnis der Zivilbevölkerung in der Kriegszeit, von Dr. S. Dunder; Utopische Plauderei, von F. Cossier. Die Zeitchrift „Der Sozialist“ erscheint einmal wöchentlich und kostet vierteljährlich 3 M., Einzelnummer 50 Pf. Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Postanstalt, bei den Expeditionen der „Freiheit“ oder direkt beim Verlag: L. Breitkopf, W. 15, Jonasenstraße 58.

## Gewerkschaftliches.

### Drohender Generalstreik im Groß-Berliner Buchhandel.

Bereits vor mehreren Monaten haben die Angestellten im Groß-Berliner Buchhandel durch ihre Organisation, den Angestellten-Verband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes an die Arbeitgeber das Ersuchen gerichtet, in Verhandlungen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages einzutreten. Nach wochenlangem Schweigen erklärten sich die Arbeitgeber schließlich bereit, in Vorbereitungen einzutreten. Die Angestelltenvertreter liegen seinen Zweifel, daß es ihnen vor allem darauf ankommt, eine Beseitigung der unentgeltlichen wirtschaftlichen Kollage herbeizuführen, während die Arbeitgeber sich hinter der angeblichen Notwendigkeit zu statischer Erhebung verstecken. Wie die Vollversammlung des Angestelltenverbandes des Buchhandels, des Buch- und Zeitungsgewerbes am Donnerstag, den 10. April, zeigte, hat die Erregung unter den Angestellten einen solchen Grad erreicht, daß sie nur durch sofortige Aufnahme der Verhandlungen beigelegt werden kann. Die Vollversammlung stellt den Arbeitgebern eine letzte Frist bis zum 16. April 1919 und erklärt, jede Verantwortung für die Folgen ablehnen zu müssen, wenn bis zu diesem Tage nicht in Verhandlungen eingetreten würde. Da gleichzeitig auch für das Buch-, Druck-, Papier- und Zeitungsgewerbe Verhandlungen verlangt werden, und fernere sich bei im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisierten Handels- und Arbeiter, Kartellisten, Vater, Arbeiter usw. mit den Angestellten solidarisch erklärt haben, muß damit gerechnet werden, daß bei wachsenden Entgegenkommen der Arbeitgeberverbände im Buchhandel, Buch- und Zeitungsgewerbe ein Generalstreik sämtlicher Angestellten und Arbeiter ausbricht.

### Gegen die streikenden Rohschächtermeister.

Eine stark besuchte Versammlung der ausgesperrten Rohschächtergesellen Groß-Berlins nahm am Donnerstag Stellung zu dem Streik der Arbeitgeber. Der Referent Koll. Pollin geißelt das Verhalten des Rohschächter-Schutzverbandes, die Meister selber haben die Preise der Werke so in die Höhe getrieben, daß im Schmelzhandel jeder Preis für Fleisch und Wurst gezahlt wird. Die einzige Möglichkeit, des Rohschächter wieder dem Volke zugänglich zu machen, ist die öffentliche Bewirtschaftung durch die kommunale Fleischversorgungsjelle und eine scharfe Kontrolle, die den Schmelzhandel unterbindet. Fortbedingung dafür ist aber, daß von der zuständigen Behörde auch Fachleute aus den Arbeitnehmerschichten hinzugezogen werden, denn die Beamten allein können wohl den guten Willen haben, sie werden doch nichts richtiges erreichen können. Es wurde eine entsprechende Resolution einstimmig angenommen. Diese soll sämtlichen Stadtdorfwahlmännern, Gemeindevorständen und Gemeindevereinigungen der Groß-Berliner Gemeinden zugefandt werden.

### Zur Lohnbewegung in der Kartonbranche.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kartonbranche hatten in einer allgemeinen Versammlung bekanntlich den Kollektivvertrag abgelehnt und die Aufstellung neuer Forderungen be-



Waffen. Der Verbandsofficier hat demnach die Arbeit...

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenfabrik...

Streik der Bauarbeiter in Spandau

Die Bauarbeiter und Zimmerer Spandaus sind, da die Verhandlungen mit den Arbeitgebern resultatlos verlaufen sind...

Die Arbeiterschaft der „Anore-Bremse“ in Hüttenberg ersucht um Veröffentlichung der Bestimmung, daß sie nicht, wie der „Vorwärts“ behauptet...

Anore-Bremse Akt.-Ges. Die für Sonnabend, den 12. 4., angekündigte Streikversammlung muß auf Sonntag vormittag 10 Uhr verschoben werden...

Betriebsversammlung der Angestellten der Bergmann-Werkzeugfabrik, A.-G., Berlin. Sonntag vorm. 9 Uhr in der Germania-Hallen, Chausseestraße 103.

Orenstein u. Roppel, A.-G., Zentrale Berlin. Sonntag, den 13. April, vormittags 10 1/2 Uhr, Volksversammlung in Habels Brauerei, S.B. 20, Bergmannstr. 47.

G. Lorenz A.-G., Tempelhofer. Die Arbeiterschaft wird ersucht, am Montag, den 14. 4., um 11 Uhr vormittags sich zur Lohnzahlung einzufinden...

Achtung! Arbeitslose der Firma L. Schwarzloeff A. M. A. G. Montag, den 14. April, nachmittags 2 Uhr, Besprechung sämtlicher Kollegen und Kolleginnen in der Köpenicker Brauerei, Prenzlauer Allee 242.

Eine Funktionärerversammlung der Cellion der Angestellten der Groß-Berliner Kriegserleichterungen findet am Montag, den 14. April, abends 7 Uhr, in den Musikerkassalen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, statt.

Groß-Berlin.

Wahlmethoden der Rechtssozialisten.

Und wird geschrieben: Am 27. März erließ das Freikorps Hülsen der Arbeiterschaft des Bekleidungsamtes Spandau den bereits in der „Freiheit“ veröffentlichten Befehl, eine Neuwahl des Arbeiterrats vorzunehmen...

Wir nehmen nicht an, daß die Regierung einen Überhand gegen ihre Verfügungen, wie es in bewährter Wahlhaltung liegt, ohne weiteres hinnehmen wird...

Die Vertretendenliste der S. P. D. Dieses Flugblatt ist herausgegeben von denselben Leuten, die im „Vorwärts“ und auch in der „Spandauer Zeitung“ über Wirtschaft, Vergewaltigung und Bedrohung wehklagen...

Am Sonnabend, den 5. April, fand die Wahl statt. Das Resultat ist für die Rechtssozialisten geradezu beschämend, denn von etwa 2400 Beschäftigten gingen 270 zur Wahl...

Die Arbeiterschaft hat in übergroßer Mehrheit Solidarität und Disziplin geübt und dem Freikorps Hülsen wie seinem regierungssocialistischen Vorparn eine Niederlage von seltener Größe bereitet.

Sturm auf Polizeireviere.

Die Entlohnung der Polizeireviere 44 und 65 war der Gegenstand einer Verhandlung, die gestern vor dem außerordentlichen Kriegsgericht des Landgerichts I stattfand.

Das Urteil lautete auf 3 Jahre Gefängnis. Der Arbeiter Walter Sebesow und der Arbeiter Franz Sebesow sollen an den Unruhen in Hüttenberg teilgenommen haben.

Das außerordentliche Kriegsgericht des Landgerichts III hatte sich mit einem Vergehen gegen den § 93 des Gesetzes betr. Belagerungszustand zu beschäftigen.

Zur Charakteristik der „vornehmen Bürgeröhne“.

Man stellt uns mit: Am Sonnabend, den 20. März und am Sonnabend, den 6. April, veranstaltete die „Freie Schülerschaft Berlin“ Vorträge mit anschließender Diskussion über die Schulgemeinde.

Mahnbrief. In der Mitgliederversammlung wurde festgestellt, daß die an der Aufforderung zur freiwilligen Waffenabgabe am 7. März beteiligten Genossen dies ohne Mitwirkung des Wahlvereins gemacht haben.

Rechtssozialist Rietze wechelte, im Kolbe Hof... Der Austritt der Rechtssozialisten aus dem Arbeiterrat...

Bahnwärter. In der Gemeindevertreterwahl vom 2. April wurde unser Genosse Straube als Schiffe, Herr Siegel an Stelle des Gemeindevorstehers, welcher sein Amt als Gemeindevorsteher niederlegte...

Das Handelsgewerbe am Ostermontag. Zur Behebung des Verkehrs wird darauf hingewiesen, daß am kommenden Sonntag vor Ostern eine verlängerte Beschäftigungszeit der Angestellten im Handelsgewerbe nicht zugelassen ist.

Zeitungsanstalt an Sonn- und Festtagen. Das Postamt teilt mit, daß der Straßenhandel mit Zeitungen am Sonntag und Festtagen nur von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr vormittags erlaubt ist.

Freireligiöse Gemeinde. Am Sonntag, 18. April, 11 Uhr, in der Klosterkirche, Klosterstr. 70a: Vortrag des Ernst Däumig: Aus der Entstehungsgeschichte der Bibel.

Spandau. Alle Leser der „Freiheit“ werden darauf aufmerksam, daß diese jetzt durch Einrichtung einer Expedition im Abonnement zu erhalten ist.

Lebensmittellisten.

Berlin. Von Sonntag, den 13. April ab werden folgende Mengen abgegeben: Auf die A I Karlen 1 Liter, A II 1/2 Liter, B I Karlen 1/2 Liter, B II Karlen 1/2 Liter.

Nach den Organisationen.

Zweiter Wahlkreis. Dienstag, den 15. 4. R., abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in der Schulhaus, Mittenwolder Str. 11, im Saal des Stadt. Sen. Carl Leib über „Municipale Wahlverfahren“.

Spiel und Sport.

Arbeiter-Schulturnverein „Berlin“, Wst. Moabit (Mittelschulstr. 10), am Sonnabend, den 12. April, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Henschel, R. W., Poststraße 47.

Städt. Wettkampf der Arbeiter-Sportvereine Brandenburg, nom. Ludenkolde, Röhndel, Rommels gegen Berlin am 10. April, vorm. 10 Uhr, im Lokal „Eingers Volksgarten“.

Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT“ e. G. m. b. H. Am Donnerstag, den 1. Mai 1919 erscheint erstmalig in unserem Verlage: Die freie Welt. Illustrierte Wochenschrift d. Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands.

Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe. 48 Seiten. Preis 35 Pf. Aufl. 100 000 Exempl. Eine ausführliche Schilderung der letzten Berliner Ereignisse. Soeben erschienen. Zu beziehen durch unseren Verlag und Expeditionen, Buchhandlungen, Zeitungshändler.

Botenfrau. werden noch in nachstehenden Expeditionen eingestellt: Berlin: Zacher, Kn. bei Hiltcherstraße 2. Henschel, Mittenwolder Str. 11.

Verlag „Freiheit“, e. G. m. b. H. Unsere Expedition Potsdam befindet sich bei Datzner, Kaiser-Wilhelmstr. 25. Die Zeitung wird ausnahmsweise durch Botenfrauen ins Haus gebracht.